

7. Kein Sitzungsgeld für Abwesenheit

Parlamentarische Initiative Beat Huber (SVP, Buchs), Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos), Benedikt Hoffmann (SVP, Zürich) vom 17. August 2020

KR-Nr. 293/2020

Ordnungsantrag

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Mitunterzeichner dieser parlamentarischen Initiative und ich bin fraktionslos. Urs Hans ist auch fraktionslos. Es geht hier um etwas, das die wenigen, die hier im Livestream zuschauen, und vor allem auch diejenigen, welche die Protokolle nachher lesen, hören wollen, und zwar von allen hier drin, die es angeht, die sich betroffen fühlen und die nicht nur für diejenigen eintreten, die sie gewählt haben, sondern für die gesamte Bevölkerung dieses Kantons.

Ich bitte um freie Debatte

und danke Ihnen für die Unterstützung.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Für den Ordnungsantrag stimmen 50 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Das Geschäft wird in reduzierter Debatte behandelt.

Beat Huber (SVP, Buchs): Das Postulat verlangt, dass seinen Anspruch auf Entschädigung für eine Kantonsrats- oder Kommissionssitzung verliert, wer zur Sitzung später als eine halbe Stunde nach deren Beginn erscheint oder sie früher als eine halbe Stunde vor deren Ende verlässt; eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber leider ging diese Regelung im neuen Kantonsreglement absichtlich oder unbewusst vergessen.

Unsere Wähler – und ich gehe davon aus, dass es bei den Ihrigen gleich ist – erwarten von uns, dass wir uns für ihre Interessen einsetzen. Deshalb haben sie uns gewählt. Diese Interessen können wir nur vertreten, wenn wir auch anwesend sind und zwar von der ersten bis zur letzten Abstimmung. Wir können gegenüber dem Steuerzahler nicht erklären, dass wir mehr Entschädigungen erhalten, und dies bei im Vergleich zur alten Präsenzregelung kürzeren Arbeitszeiten. So geht es nicht.

Unterstützen Sie diese parlamentarische Initiative mit uns zusammen. Helfen Sie mit, dass wir Vertrauen schaffen. Ihre Wähler werden es Ihnen danken.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Die SP wird diese parlamentarische Initiative nicht vorläufig unterstützen. Wir sehen nicht ein, wieso das Kantonsratsreglement, das erst seit knapp einem Jahr in Kraft ist, für ein Problem geändert werden sollte, das es gar nicht gibt.

Es ist richtig, dass das neue Kantonsratsreglement keine Regelungen mehr enthält zur Frage, unter welchen Umständen der Anspruch auf ein Sitzungsgeld entfällt. Wir haben diese Frage anlässlich der Ratsdebatte zum Kantonsratsgesetz und Reglement lange diskutiert und uns in der Mehrheit für diese Lösung entschieden. Die Geschäftsleitung (GL) hat danach in einem Auslegungsentscheid zum Reglement festgehalten, dass Ratsmitglieder eine Stunde Zeit haben, um sich in die Anwesenheitsliste einzutragen, die ja wiederum die Grundlage bildet für die Auszahlung des Sitzungsgeldes. Aus unserer Sicht genügt diese Regelung vollkommen. Es wäre uns nämlich nicht aufgefallen, dass sich das Teilnahmeverhalten der Ratsmitglieder seit dem Inkrafttreten der neuen Regelung geändert hätte. Ich kann nur noch einmal wiederholen, was ich damals in der Ratsdebatte zum neuen Kantonsratsgesetz und -reglement gesagt habe, als wir schon einmal über diesen Punkt diskutiert haben: Es ist am Ende Sache und Aufgabe der Fraktionen, dafür zu sorgen, dass ihre Mitglieder anwesend sind. Schliesslich haben ja alle Fraktionen ein Interesse daran, bei den Abstimmungen möglichst vollzählig zu sein und von ihrer Stimmkraft bestmöglich Gebrauch machen zu können.

Wir sehen also wirklich keinen Handlungsbedarf. Vielen Dank.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Auch wir Grünliberale werden diese PI nicht unterstützen. Zum einen, wie bereits von meiner Vorrednerin erwähnt, hätten diese Inputs, wenn sie rechtzeitig eingebracht worden wären und Sie sich dafür eingesetzt hätten, zusammen mit dem Gesetz und dem Reglement vehementer verteidigt werden müssen. Wir haben damals, vor noch nicht allzu langer Zeit, hier im Rat die Ansicht vertreten, dass wir einen liberaleren und etwas eigenverantwortlicheren Umgang mit dieser Zeiterfassung umsetzen wollen. Dies wurde damals beschlossen und heute sind noch nicht einmal alle Regelungen, die wir damals beschlossen haben, umgesetzt – auch unter anderem wegen einzelnen Aktionen dagegen. Für uns ist zum einen nur schon dieser Zeitpunkt schlicht zu früh. Zum anderen verschliessen wir Grünliberale uns nicht der Diskussion darüber, wie wir zu einer besseren Amtsführung unserer Kantonsrätinnen und Kantonsräte kommen. Für uns ist aber die Erweiterung der Präsenzkontrolle bei weitem nicht der richtige Ort dazu, denn die reine Präsenz in diesem Raum sagt noch gar nichts über die aktive, konstruktive und effektive Teilnahme in diesem Rat aus. So habe ich, wenn ich mich richtig erinnere, in dieser Legislatur einige der Mitglieder der einreichenden Fraktion bislang hier noch nie oder nur ganz selten sprechen gehört. Haben nun diese Mitglieder das Sitzungsgeld für die ganze Legislatur verwirkt, weil sie eigentlich nicht aktiv an dieser Debatte in diesem Saal teilnehmen, oder nicht? Oder wenn ein anderes Ratsmitglied zwar physisch präsent ist in diesen Hallen, aber vor allem in der Vorwandelhalle Geschäfte ins eigene Portemonnaie macht – ist das für die einreichende Fraktion die Vorstellung einer pflichtbewussten Amtsführung?

Wir Grünliberale sind nach wie vor der Ansicht: Wir halten an dieser liberalen und auch eigenverantwortlichen Regelung fest. Es ist an den Fraktionspräsidentinnen und Fraktionspräsidenten, die eigenen Mitglieder zu ermahnen, damit das Stimmengewicht nicht verloren geht. Wir sehen auf jeden Fall keinen Handlungsbedarf für ein Scheingesetz, das eine unnötige Ordnungstiefe an den Tag legt und das hier zu einer Präsenzkontrolle führt, die eigentlich nichts mehr mit der eigentlichen Leistung – sprich der aktiven Teilnahme in diesen Ratshallen – zu tun hat. Wir lehnen die parlamentarische Initiative ab.

Thomas Vogel (FDP, Thalwil): Ich hätte den Vorstössern ja an sich gerne ein schlechtes Gedächtnis zugebilligt, nämlich, dass sie eben vergessen haben, dass dieser Rat erst vor zwei Jahren in einer ausführlichen Debatte eine Domestizierungsklausel im neuen Kantonsratsreglement explizit verworfen hat. Dieser Passus war tatsächlich früher drin, jetzt ist er es nicht mehr. Es war der Wille des Rates, der damals einem Antrag von mir Folge leistete, dass wir im neuen Kantonsratsreglement darauf verzichten, dass vom Volk gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit Sitzungsgeldentzug bestraft werden, wenn sie unpünktlich sind. Nun, ich zweifle am schlechten Gedächtnis der Initianten und kann ihnen dies nicht zugutehalten.

Und dann wird der Vorstoss nach meiner Überzeugung doch etwas dreist. Derart kurze Zeit nach einem Kantonsratsentscheid bereits wieder das Gegenteil einzufordern, ist wenig stilvoll. Es zeugt vom schlechten Verlieren, von Quengelei und von wenig Respekt diesem hohen Hause gegenüber. In der Debatte im Frühling 2019 herrschte in der Mehrheit Einigkeit darüber, dass auf diese kleinliche, mit der Stoppuhr geführte Überwachung von vom Volk gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentariern verzichtet werden soll, weil dies eines selbstbewussten Rates unwürdig ist. Es liegt im Interesse und in der Verantwortung einer jeden Fraktion, dass die eigenen Leute im Rat anwesend sind, der Debatte folgen und abstimmen.

Es war und ist zudem nicht einsichtig – es wurde vorhin von Michael Zeugin zu Recht erwähnt –, weshalb diejenigen, die zwar zu Beginn der Sitzung Präsenz markieren und Präsenz visieren, sich danach aber irgendwo ihren privaten Geschäften widmen, ein Sitzungsgeld erhalten sollen, währenddessen kein Sitzungsgeld mehr bekommt, wer eine Minute nach Ablauf der Toleranzfrist eintrifft. Bei allem Verständnis für die Nähe der SVP zur Landwirtschaft: Wir sind hier im Kantonsrat und nicht auf dem Bauernhof. Es braucht keinen Kettenhund der Geschäftsleitung, der bellt, wenn vom Volk gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht am Platz sind oder sich beim Eintreffen verspäten.

Darum bitte ich Sie, diese parlamentarische Initiative nicht vorläufig zu unterstützen.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Dieser Vorstoss hier ist natürlich Ausdruck einer heute immer zunehmenden Misstrauenskultur. Wir trauen den Leuten nicht mehr zu, dass sie die Verantwortung übernehmen, die man ihnen durch die Wahl in dieses Parlament gegeben hat. Ein Teil der Grünen Fraktion stützt genau dieses

Argument und findet, dass die Leute gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern hier im Saal geradestehen müssen und gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern sagen können müssen, warum sie an einer Sitzung fehlen oder warum sie bei einer Sitzung nur kurz da waren und eigentlich nicht die Aufgabe übernehmen, für die sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier gewählt wurden. Wir folgen zu einem Teil in der Fraktion nicht dieser Misstrauenskultur.

Der andere Teil der Fraktion findet – und auch das finde ich verständlich –, dass es schwierig ist, der Bevölkerung klarzumachen, dass man sich in diesem Kantonsrat Sitzungsgeld auszahlt für Sitzungen, an denen man eigentlich kaum teilgenommen hat. Auch diesen Punkt muss man gelten lassen und sagen: Nach ausen lässt sich das schwer vermitteln.

Wie von Sibylle Marti bereits gesagt, wurde das Thema aber schon in der GL inzwischen wieder behandelt und in der GL kamen wir ja bekanntlich zur Auffassung, dass die Formulierung «zu Beginn der Sitzung» mindestens eine Stunde nach Sitzungstermin immer noch gilt, dass man sich also bis eine Stunde nach Beginn der Ratssitzung noch auf die Liste eintragen kann. Wir können dem zustimmen. Denn was zwar im Wortlaut etwas seltsam tönt, dass der Beginn eine Stunde später ist, ist nur für den Fall gedacht, dass am Morgen der Zug ausfällt oder sonst etwas Unvorhergesehenes passiert. Diese zeitliche Spannbreite müssen wir zulassen.

Die parlamentarische Initiative – wenn sie denn durchkommt – würde der Geschäftsleitung den Anlass geben, den Paragraf 5 des Kantonsratsreglements wieder einmal anzuschauen und sich unter Umständen auf eine genauere Formulierung einlassen, die weniger Interpretationsspielraum hat. Ob es dann am Ende der Wortlaut der PI ist, der durchkommt oder in der Geschäftsleitung eine Mehrheit findet, das wage ich zu bezweifeln. Ein Teil der Grünen Fraktion unterstützt die Parlamentarische Initiative vorläufig, der andere Teil der Grünen Fraktion tut das nicht.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Wir haben es jetzt mehrfach gehört: Bei der Revision vom Kantonsratsgesetz und vom Kantonsratsreglement wurde die Präsenzregel nicht vergessen, sondern sehr eingehend diskutiert. Ich war damals der Meinung und bin es auch heute: Es braucht keine explizite Regelung, wann wer hier ist und wann nicht.

Es ist eigentlich ganz einfach: Beim Eintreten hat es eine Liste und wer sich auf der Liste einträgt, ist hier. Und wer sich auf der Liste nicht einträgt, ist nicht hier. Es gibt aber schon eine tiefere Ebene in der Diskussion über diese Frage. Es geht nämlich letztlich um das Menschenbild, um das Bild und die Erwartungen, die ich von meinem Gegenüber habe. Ist das Gegenüber nur hier, um Geld abzukassieren oder ist das Gegenüber hier, um seinen Beitrag zu leisten, wofür es gewählt wurde – die Gestaltung des Kantons Zürich? Ich bin der Meinung, es sind alle Mitglieder in diesem Rat erwachsene Menschen. Es sind alles gewählte Vertreterinnen und Vertreter aus ihren Bezirken und alle haben berechnete Interessen, die sie in diesem Rat einbringen wollen. Dies geschieht einzig und allein durch ihre Präsenz und durch ihr Abstimmungsverhalten. Wer also hier nicht präsent ist, kann seinen

Auftrag nicht erfüllen und bekommt auch keine Entschädigung. Eine weitere, exaktere oder detailliertere Unterscheidung braucht es aus meiner Sicht nicht, denn dann schüren wir eine Misstrauenskultur, die aus meiner Sicht schlicht nicht nötig ist. Es ist sogar so: Wer diesen Rat zu spät betritt oder zu früh verlässt, schädigt die Stimmkraft seiner eigenen Fraktion. Es liegt deshalb im Interesse jeder einzelnen Fraktion, dass sie ihre Mitglieder von Beginn bis zum Ende der Sitzung auch beieinander behält. Da wo es Auffälligkeiten gibt, kann man sie auch ganz diskret und direkt ansprechen und entsprechende Massnahmen innerhalb der Fraktion veranlassen. Von erwachsenen, mündigen Personen erwarte ich, dass sie sich bewusst sind, in was für ein Amt sie gewählt wurden und da muss ich sie dann nicht schulmeisterlich mit irgendwelchen Aufsichtskettenhunden in Zaum halten. Diese parlamentarische Initiative ist aus Sicht der EVP unnötig und wir werden sie nicht unterstützen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Ich habe ja schon einige Jahre hier drin verbracht und ich gehöre nun fast schon zum Inventar in diesem Kantonsrat. Zu Beginn, 2007, gab es noch eine Halbstundenregelung. Diese hat man dann unter Federführung einer grünen Kantonsrätin auf eine halbe Stunde reduziert. Dies vor allem, weil eine Parlamentarierin, die sehr aktiv war und sehr viel gemacht hat, regelmässig zu spät gekommen ist. Sie hatte einfach Mühe mit dem Aufstehen, aber wenn sie da war, war sie ausserordentlich präsent – ein wertvolles Mitglied. Sie kam übrigens aus demselben Wahlkreis wie Beat Huber. Er ist mit Jürg Sulser immer rechtzeitig hier – das anerkenne ich. Aber es gibt auch andere in diesem Wahlbezirk, die das eben nicht geschafft haben. Dann hat man das auf eine halbe Stunde reduziert. Im Zuge der Revision haben wir über alle möglichen Sachen – das kann ich hier wirklich sagen – gestritten: über Losentscheide, ab wann man «löseln» kann bei Wahlen, et cetera, über alles Mögliche haben wir lange gestritten. Und wir haben auch über diese Stunden- oder Halbstundenregelung lange gestritten und dann gefunden, man müsse sie aufheben. Der Rat war derselben Meinung. Dass die Geschäftsleitung dann in einem Auslegungsentscheid zurückbuchstabiert hat – auf eine Stunde –, damit kann ich leben. Ich möchte einfach sagen, dass ich diesen Entscheid der Geschäftsleitung für absolut gesetzeswidrig erachte, weil der Wille des Gesetzgebers ganz klar war, dass wir keine Regelung mehr haben. Aber ich kann damit leben.

Nun, wo ist denn das Problem, Herr Huber? Das ist wie vorher (*bei der Diskussion über KR-Nr. 292/2020*) mit der Interessenbindung: Jetzt müssen wir euch schon wieder Eigenverantwortung predigen. Wo, wenn nicht hier drin bei diesen 180 Leuten, können wir denn sonst noch Eigenverantwortung predigen? Es gibt Parteien hier drin, die predigen für 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Zürich Eigenverantwortung, und wir predigen das hier – und es funktioniert doch bestens. Wenn es ab und zu mal jemanden gibt, der später kommt, dann kommt er halt später. Aber es gibt doch niemanden, der regelmässig zu spät kommt. Wir sind ein sehr fleissiges Parlament und wir haben im Rat auch ein Auge zugeedrückt, wenn gewisse Herren der grössten Fraktion früher ziemlich lange beim Weisswein und in der «Haue» (*Restaurant in der Nähe des Rathauses*

am Zürcher Limmatquai) waren und vielleicht noch gejasst haben am Morgen. Das alles liegt drin. Und deswegen ist das Parlament nicht auseinandergebrochen, sondern es funktioniert wahnsinnig diszipliniert. Und deshalb brauchen wir – ich finde den Begriff von Thomas Vogel wirklich wunderbar – hier keine Kettenhunde.

Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti): Selbstverständlich hat die Mitte-Fraktion grosse Sympathien für das Anliegen. Aber wie wir mehrfach gehört haben, wurde das erst vor kurzem im Kantonsratsgesetz angepasst. Das grösste Problem liegt natürlich darin, wie genau überprüft werden kann, wer nun tatsächlich 30 Minuten früher diesen Ratssaal verlässt oder eben nicht. Daher liegt die Verantwortung, wie auch mehrfach gehört, bei uns selber. Und selbstverständlich auch bei uns Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten. Eine Abwesenheit kann nämlich manchmal über Sieg oder Niederlage entscheiden. Wer mit so viel Herzblut politisiert wie wir aus der Mitte-Fraktion, der versucht eben, nicht zu fehlen und auch nicht früher nach Hause zu gehen. Unabhängig vom Sitzungsgeld ist es uns viel wichtiger, ob wir mit unseren Stimmen, wenn es dann vielleicht statt neun nur acht wären, eine Mehrheit erreichen oder eben nicht. Darum liegt es an uns, hier zu sein und auszuharren, bis Roman Schmid, der Präsident, mit der Ratsglocke läutet. Die Mitte-Fraktion wird daher die PI nicht überweisen.

Beat Huber (SVP, Buchs) spricht zum zweiten Mal: Wir sind sehr erstaunt, das im vorhergehenden Traktandum Transparenz gefordert wird und jetzt die Mehrheit dieses Rates diese verweigert. Zum Thema «Pünktlichkeit»: Pünktlichkeit wurde sehr transparent dargelegt. Pünktlich ist, wer bei Beginn der Sitzung und nicht nach einer halben Stunde oder sogar erst nach einer Stunde da ist. Herr Bischoff, wir haben nicht umsonst im alten Kantonsratsreglement die alte Halbstunden-Regel eingeführt. Besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 293/2020 stimmen 52 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.